

Antrag 13/I/2022**Jusos****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Löhne rauf!**

1 Ungefähr 2.500 Beschäftigte des
2 Landes Brandenburg an den
3 Hochschulen werden nicht nach
4 Tarif bezahlt. Das schlägt sich
5 vor allem in niedrigen Löhnen,
6 zu wenig Urlaub und schlechten
7 Arbeitsbedingungen nieder.
8 Dabei übernehmen studentische
9 Beschäftigte grundlegende Auf-
10 gaben im Brandenburgischen
11 Hochschulbetrieb. Sie unterstüt-
12 zen die Forschung, verantworten
13 eigenständige Lehre oder un-
14 terstützen die Lehre anderer
15 Beschäftigter.
16 Für diese Arbeit bekommen
17 Sie Lohn unter dem Vergabe-
18 mindestlohn von 13€, der für
19 Brandenburg erreicht wurde.
20 Für 90% der Beschäftigten reicht
21 dieser Lohn jedoch nicht, um das
22 Leben und das Studium zu finan-
23 zieren. Zusätzlich zur schlechten
24 Bezahlung leisten mehr als
25 ein Drittel der Beschäftigten
26 unbezahlte Überstunden!
27 Die SPD Brandenburg fordert da-
28 her den Parteivorstand auf, die

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Kein Konsens)**

Bezüglich des ersten Teils der Neufassung des Antrages empfiehlt die Antragskommission dem Antragssteller eine Überarbeitung im Hinblick auf die Novelle des Hochschulgesetzes. Der letzte Absatz der Neufassung (Mindestlohn 14 Euro) wird abgelehnt. Die weitere Entwicklung obliegt der Mindestlohnkommission.

29 entsprechenden Fachministerin-
30 nen zu veranlassen
31 in der Novelle des Brandenbur-
32 gischen Hochschulgesetzes eine
33 Mindestvertragslaufzeit von min-
34 destens 12 Monaten für studen-
35 tische Beschäftigte festzuschrei-
36 ben und den Druck der Beschäf-
37 tigten an die TdL weiterzureichen
38 und dafür zu sorgen, dass die Ge-
39 sprächszusage an die zuständi-
40 gen Gewerkschaften schnell ein-
41 gelöst wird und Verhandlungen
42 zu einem Tarifvertrag beginnen
43 können.

44 Die Landesregierung soll sich des
45 Weiteren auf Bundesebene dafür
46 einsetzen, dass der Mindestlohn
47 auf 14€ angehoben wird.

48

49 **Begründung**

50 Gerade in Zeiten der Inflation
51 wird wieder deutlich, dass es
52 einen dynamisierten Lohn und
53 die Sicherheit eines Tarifvertra-
54 ges braucht!

55 Die Verträge sind oft sehr kurz,
56 obwohl die Beschäftigten in der
57 Regel Anschlussverträge erhal-
58 ten. Das ist eine zusätzliche Belas-
59 tung und Prekarisierung unserer
60 Landesbeschäftigten.

61 Anders als die übrigen Beschäf-
62 tigten des Landes haben die

63 studentischen Beschäftigten
64 ausschließlich den gesetzlichen
65 Urlaubsanspruch. Dabei gibt es
66 in ihrem Studium immer wieder
67 Phasen in denen sie sich auf
68 Prüfungen, Praktika oder Pro-
69 jekte fokussieren müssen. Im
70 Ergebnis bleibt kein Urlaub für
71 die dringend benötigte Erholung.
72 Die meisten Beschäftigten wer-
73 den zusätzlich ausgestattet und
74 müssen für die Arbeit regelmäßig
75 private Arbeitsmittel nutzen.
76 Leider findet an vielen Hochschu-
77 len noch immer ein Missbrauch
78 der studentischen Beschäftigten
79 als Verwaltungsbeschäftigte z.B.
80 in den Sekretariaten, im Service
81 oder in der Bereitstellung der
82 Hochschulinfrastruktur statt. Ent-
83 gegen der Definition im Hoch-
84 schulgesetz üben diese Beschäf-
85 tigten keine Tätigkeiten aus, die
86 sie im Studium voranbringen.
87 Sowohl in der Novellierung des
88 Personalvertretungsgesetzes als
89 auch des Hochschulgesetzes ha-
90 ben wir uns schon für unsere stu-
91 dentischen Beschäftigten einge-
92 setzt und werden erste Verbesse-
93 rungen erzielen.
94 Damit sich die Gesamtsituation
95 verbessert, braucht es jedoch
96 endlich einen Tarifvertrag.